



Stefan Schwartze, Vorsitzender der SPD in OWL.

## **Bund soll alle Kosten für Flüchtlinge tragen**

### **SPD-Bezirkschef Stefan Schwartze will Kommunen entlasten**

**Bielefeld(WB/as).** Der SPD-Bundestagsabgeordnete Stefan Schwartze aus Vlotho (Kreis Herford) fordert, dass der Bund die Kosten für Flüchtlinge vollständig übernimmt.

»Die Kommunen brauchen die komplette finanzielle Unterstützung bei der Unterbringung von Flüchtlingen, damit wir das positive gesellschaftliche Klima in dieser Sache nicht verspielen«, sagte Stefan Schwartze gestern im Gespräch mit dieser Zeitung.

Bei den sogenannten Gelsenkirchener Gesprächen an diesem Samstag wollen die nordrhein-westfälischen Landtags- und Bundestagsabgeordneten der SPD diese Forderung beschließen.

Damit soll Druck auf die Bundesregierung ausgeübt werden, an der die SPD beteiligt ist. Grundlage ist ein Beschluss der NRW-Landesgruppe in der SPD-Bundestagsfraktion. 27 Prozent der 193 SPD-Parlamentarier in Berlin kommen aus NRW. »Die Aufnahme von Flüchtlingen ist eine gesamtstaatliche und keine kommunale Aufgabe«, heißt es in dem Papier. Dass der Bund in den Haushaltsjahren 2015 und 2016 jeweils 500 Millionen Euro für Flüchtlingshilfe an die Länder überweisen will, reiche nicht aus. »Wir verlangen von der Bundesregierung, dass noch vor der Sommerpause ein Vorschlag zur vollständigen Übernahme der Flüchtlingskosten erarbeitet und verabschiedet wird«, sagt Stefan Schwartze, der als SPD-Bezirksvorsitzender in Ostwestfalen-Lippe auch die Haushalte der heimischen Städte und Gemeinden im Blick hat.

Die Kommunen werden 2017 mit weiteren 1,5 Milliarden Euro vom Bund unterstützt. Zudem wird für die nächsten drei Jahre ein kommunaler Investitionsfonds in Höhe von 3,5 Milliarden Euro aufgelegt, der finanzschwachen Städten und Gemeinde zugutekommen soll.

»Wir sind sehr zufrieden, dass wir das durchgesetzt haben«, betont Stefan Schwartze, der die stark steigenden Kosten der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen als eine der größten finanziellen Belastungen in den Kommunen nennt. Auch vor diesem Hintergrund haben er und die vier weiteren SPD-Bundestagsabgeordneten aus OWL (Christina Kampmann, Dirk Becker, Burkhard Blienert und Achim Post) in einem Vier-Punkte-Papier das Ziel formuliert, »spätestens bis zum 1. Januar 2017 zu einer deutlich höheren Entlastung der Kommunen zu kommen«.